

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

1. Quartal 2014

Es kann losgehen!

Rück- und Ausblick zur Arbeit im Deutschen Bundestag.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in der politischen Branche sind Schonfristen für die ersten Tage im Amt üblich: Die Orientierung in der neuen Stadt, die Gewöhnung an parlamentarische Abläufe und Verfahren, die ersten Erfahrungen im politischen Umfeld in Berlin und die vielfältigen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis an einen Bundestagsabgeordneten sind auch für mich neue und bedeutsame Momente.

Diese Eingewöhnungsphase ist nun vorbei – meine ersten Wochen im Bundestag standen im Zeichen von Verhandlungen des Koalitionsvertrages, Team-Bildung und Aufgabenverteilung in der Fraktion. Mit der Berufung in den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Finanzausschuss als ordentliches Mitglied und in die Ausschüsse Petitionen sowie Arbeit und Soziales als stellvertretendes Mitglied sind für mich auch die fachlichen Weichen dieser Wahlperiode gestellt. Doch nicht nur in den Ausschüssen werde ich parlamentarisch mitwirken, sondern bringe mich auch im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement ein. Die inhaltliche Arbeit beginnt und uns stehen spannende Jahre bevor!



Bei allen Entscheidungen, die ich treffe, allen Projekten, an denen ich mitarbeite, sowie bei allen Diskussionen um die Weiter- und Fortentwicklung unserer gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen ist für mich vor allem eines von größter Bedeutung: Der Draht zu Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises 176 (Hochtaunus/Oberlahn). Gerne komme ich mit Ihnen ins Gespräch und nehme Ihre Anregungen, Kritik, Besorgnisse, Skepsis oder aber auch Lob auf und bin Ihr Sprachrohr in Berlin. Bitte scheuen Sie keine Kontaktaufnahme – mein Bundestagsbüro und ich möchten Ihnen eine verlässliche Anlaufstelle für Ihre Belange und all das, was Sie politisch beschäftigt, sein.

Herzliche Grüße,

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Große Koalition • Europawahlen • Lage in der Ukraine • Schulische Bildung • Konjunktur in der EU • Deutschland erzielt Finanzierungsüberschuss • Kinderschutz • Finanzierungsrahmen und Haushalt • Haftungssituation der Hebammen • Kinderschutz

Arbeitssituation in der Großen Koalition:

Sach- und lösungsorientierte Zusammenarbeit fortsetzen!

Im Interesse der Regierungsfractionen ist es, anstehende Probleme zu lösen, damit das Land weiter vorangebracht werden kann. Die Wählerinnen und Wähler haben uns für verlässliche, lösungsorientierte und nachhaltige politische Entscheidungen gewählt, nicht hingegen für eine wochenlange Beschäftigung mit uns selbst. Kontinuität, Vertrauen und Verlässlichkeit in der Sacharbeit sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit. Ich gehe davon aus, dass trotz der Turbulenzen der letzten Wochen um den Fall Edathy die SPD ihren Beitrag zur lückenlosen Aufklärung leisten wird. Konstruktive Zusammenarbeit wirkt vertrauensstiftend, vor allem, wenn am Ende gute sachliche Ergebnisse und spürbare Verbesserungen in unserem Land stehen. Ich bin zuversichtlich, dass der Großen Koalition diese kooperative Zusammenarbeit auf der fachlichen Ebene gelingen wird. ■

Konjunkturprognose der EU-Kommission:

Reformen in Krisenländern wirken

Die neuesten Berechnungen der EU-Kommission belegen: Die wirtschaftliche Erholung der EU gewinnt an Fahrt. So wird für dieses Jahr mit einem Wachstum von 1,5 % in der gesamten EU gerechnet – in der Euro-Zone wird von einem Wachstum von 1,2 % ausgegangen. In dem Bericht der EU-Kommission zur Konjunkturprognose wird vor allem auf positive Entwicklungen in Spanien, Portugal und Griechenland hingewiesen. Damit tragen die Arbeitsmarkt- und Strukturreformen in diesen Ländern erste Früchte. Diese erfreulichen ökonomischen Entwicklungen belegen die Wichtig- und Notwendigkeit des Euro-Kurses unserer Bundeskanzlerin und unseres Bundesfinanzministers: Solidarische Unterstützung geknüpft an einschneidende Strukturreformen. ■

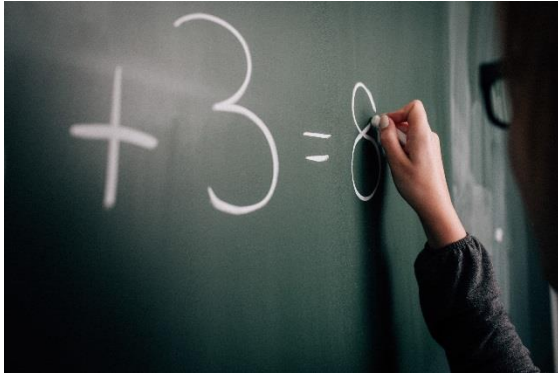


Bild: CDU Deutschlands Markus Schwarze

PISA-Ergebnisse:

Schulische Bildung in Deutschland wird besser und gerechter!

Die fünfte PISA-Studie hat ergeben: Die Leistungen der geprüften Schülerinnen und Schüler haben sich in den geprüften Disziplinen Mathematik, Lesefähigkeit sowie Naturwissenschaften deutlich verbessert und liegen erfreulicherweise über dem OECD-Durchschnitt. Zudem sind signifikante Leistungssteigerungen bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund festgestellt worden. Diese PISA-Vergleichsstudie belegt eindrucksvoll, dass die zahlreichen Reformen eine positive Auswirkung haben. Diesen Weg gilt es in Deutschland erfolgreich fortzusetzen. ■

Lage in der Ukraine :

Eskalation auf der Krim vermeiden!

Die Lage in der Ukraine, insbesondere auf der Halbinsel Krim, bleibt extrem angespannt. Das Referendum auf der Krim widerspricht der Verfassung der Ukraine sowie internationalem Recht. Vollkommen richtig verurteilt die Bundesregierung die Durchführung der unrechtmäßigen Abstimmung

und wird ihr Ergebnis nicht anerkennen. Das Verhalten von Russland, das völkerrechtswidrig die Krim besetzt und ihre Eingliederung in die Russische Föderation vorantreibt, ist vollkommen inakzeptabel. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer letzten Regierungserklärung verdeutlicht, dass die Zukunft unseres Kontinents geprägt sein muss von Frieden, Souveränität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Freiheit. Das russische Vorgehen widerstrebt diesen Fundamenten. Es ist richtig, dass die EU-Staaten bereits Konsequenzen gezogen haben und auch über weitere Sanktionen der EU und G7-Nationen derzeit debattiert wird. Klar ist, dass dieser Konflikt militärisch nicht zu lösen ist. Bei allen Sanktionsschritten werden wir auch darauf achten müssen, den Gesprächsfäden zu Russland nicht gänzlich abreißen zu lassen. Für uns steht fest: Wir werden alles tun, um die Lage der Menschen in der Ukraine zu verbessern. Sie haben sich mutig und entschieden für einen proeuropäischen Kurs ihres Landes eingesetzt. Dies zeigt auch die Attraktivität unserer westlichen Werte. Die Hilfszusagen der Europäischen Union sind daher ein richtiges und ermutigendes Zeichen. ■

Freiberufliche Geburtshilfe in Deutschland

Haftungssituation der Hebammen im Blick

Mich haben viele Schreiben aus dem Wahlkreis erreicht, die auf die Problematik mit der Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen hinweisen. Für mich ist ohne Frage klar: Geburtshelferinnen leisten in unserer Gesellschaft einen wichtigen Beitrag und den Berufsstand gilt es zu erhalten! Von den stark gestiegenen Tarifen

der Haftpflichtversicherungen infolge des Ausstieges eines Versicherungsunternehmens ist nicht die gesamte Breite des Berufsstandes betroffen, sondern etwa 3500 freiberufliche Geburtshelferinnen, die nicht in Krankenhäusern tätig sind. Aber auch dieser Verantwortung gilt es sich zu stellen.

Gesundheitsminister Gröhe hat bereits angekündigt, dass gemeinsam mit Vertretern von Hebammenverbänden, der Krankenversicherungen und der Versicherungswirtschaft an einer tragfähigen Lösung gearbeitet werde. Nach meiner Einschätzung muss kurz- und mittelfristig das Ziel sein, mindestens einen, besser aber mehrere neue Gruppenhaftpflichttarife für Hebammen zu schaffen, die bezahlbar sind. ■



Bild: CDU Deutschlands/ Dominik Butzmann

Verbesserung von Kinderschutz **Kampf gegen Kinderpornografie** **verstärken!**

Wie können wir Kinder besser vor sexueller Ausbeutung schützen? Vor dem Hintergrund der Edathy-Affäre werden auch unsere Gesetze auf den Prüfstand gestellt. So hat es viele Kollegen wie auch Bürgerinnen und Bürger sehr irritiert, dass es nach aktueller Rechtslage möglich ist, Nacktbilder von Kindern ohne Fokus auf deren Intimsphäre zu besitzen, ohne dass es strafrechtliche Konsequenzen hätte. Die

offenen Fragen greifen wir auf und diskutieren auch im Familienausschuss unterschiedliche Lösungsansätze. Einig sind wir uns im Ziel: Mit Nacktfotos von Kindern sollen in Deutschland keine Geschäfte gemacht werden können! Die gewerbsmäßige Verbreitung von Nacktbildern muss lückenlos verboten werden. Allerdings plädiere ich auch dafür, dass wir nicht nur einseitig auf gesetzliche Lösungen setzen. Umfassender und effektiver Kinderschutz erfordert auch die Stärkung der Prävention durch breite Aufklärungsarbeit. Vor allem beim Thema Cyber-Grooming (das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet mit der Absicht, sexuelle Kontakte zu knüpfen bzw. Bilder zu erhalten) besteht erheblicher Informations- und Aufklärungsbedarf. ■

Historischer Haushaltsentwurf 2015:

Start in eine Zeit ohne Neuverschuldung

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch, den 13. März 2014, den Entwurf des Bundeshaushalts 2014 sowie die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2015 und des Finanzplans bis 2018 beschlossen. Sie stellen eine historische Zäsur dar. Der Entwurf zum Bundeshaushalt 2014 ist überzeugend: Die vorgesehene Nettoneuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro ist die niedrigste seit 40 Jahren. Darin sind die Zahlungen der letzten Tranche in den Europäischen Rettungsschirm ESM in Höhe von 4,3 Milliarden Euro und der Einstieg in die Umsetzung der Maßnahmen, die nach dem Koalitionsvertrag Priorität haben, bereits enthalten. Strukturell erreicht der Bund ab dem Jahr 2014 sogar kleine Überschüsse. Ab dem Jahr 2015 plant die Bundesregierung erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auszukommen. Noch nie waren wir dem

Ziel der dauerhaft ausgeglichenen Haushalte so nahe. Die erfolgreiche Politik setzen wir fort mit zusätzlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, den Städtebau, Bildung und Forschung, die Entwicklungszusammenarbeit und der Entlastung von Ländern und Kommunen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für weiteres Wachstum, Beschäftigung und für Vertrauen bei den Investoren.

Unser erklärtes Ziel ist es, Vorbild und Motor zur Stabilisierung der Staatshaushalte auf europäischer Ebene zu sein. Als Vertreter der jungen Generation freue ich mich insbesondere über diesen Meilenstein, der mit dieser Planung gelegt worden ist: Ausgeglichene Haushalte und eine Absage an eine Neuverschuldung sind eine Zusage an echte Generationengerechtigkeit! ■



CDU/Tobias Koch - tobiaskoch.net

Europa vor alten und neuen Herausforderungen

Das Europäische Einigungsprojekt wird auch nach der anstehenden Wahl des Europäischen Parlaments alte Herausforderungen der Wirtschafts- und Währungs-, Energie-, Außen- und Sicherheits- sowie Agrarpolitik weiterhin zu meistern haben. Mehrheitsfindungen und Entscheidungsprozedere funktionieren im Europäischen Parlament anders. Dort wechseln politische

Deutschland erzielt als einziges EU-Land einen Finanzierungsüberschuss im Staatshaushalt!

Den Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge weist der Finanzhaushalt der Bundesrepublik für das Haushaltsjahr 2013 im Saldo der Ausgaben und Einnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen einen Überschuss von 300 Millionen Euro auf. Dies ist der gemeinsame Verdienst von fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, verantwortungsvollen Unternehmerinnen und Unternehmern und auch der guten Finanz- und Haushaltspolitik der unionsgeführten Koalition, die für entsprechende Rahmenbedingungen gesorgt hat. Wir werden unsere erfolgreiche Haushaltspolitik der vergangenen Jahre auch in den kommenden vier Jahren fortsetzen. ■

Mehrheiten mit den Fachthemen, weshalb in wichtigen Fragen - selbst bei komplizierten und vielschichtigen Themen - versucht wird, einen breiten tragfähigen Konsens zu erzielen.

Das kürzlich gefällte Verfassungsgerichtsurteil zur Aufhebung der 3%-Hürde birgt allerdings ein neues Risiko: Eine niedrige Wahlbeteiligung könnte das Einfallstor

Impressum

Herausgeber
Markus Koob MdB • CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030 - 227 - 7 55 49 • Fax 030 - 227 - 7 65 49
markus.koob@bundestag.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bildnachweise: CDU-Fraktion, Tobias "Toko" Koch (S.2); CDU Deutschlands, Christiane Lang (S.2-6), CORBIS (S.7), id-foto.de – Fotolia (S.4)

für extremistische und anti-europäische Kräfte in das Europäische Parlament sein. Dies wäre nicht nur ein hochgradig destruktiver Impuls für die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments im Allgemeinen, sondern würde auch die Vertretung der Interessen der Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Union enorm schwächen. Nachdem für den Einzug in das Europäische Parlament nun keine Sperrklausel mehr gilt, verbleibt nur noch eine einzige Verteidigungsflanke gegen Extremisten und Populisten: Eine hohe

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen am 25. Mai 2014. ■

Im Detail:

Das Rentenpaket der Großen Koalition

Mütterrente • Rente nach 45 Beitragsjahren • Erwerbsminderungsrente • Reha-Budget

Am 29. Januar hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossen. Dieser Gesetzentwurf liegt im Bundestag den verantwortlichen Ausschüssen zur Beratung vor. Nach dem Durchlaufen aller politischen Instanzen soll das Rentenpaket mit dessen vier Komponenten am 1. Juli 2014 in Kraft treten.

1.) Verbesserungen bei der Mütterrente

Durch die sogenannte Mütterrente verkleinern wir eine Gerechtigkeitslücke aus der Vergangenheit und setzen ein Hauptwahlversprechen der CDU um. Bisher bekommen nämlich Mütter, die vor 1992 Kinder zur



Wussten Sie schon, dass...

- der Reichsadler im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Berlin mit 58 m² ungefähr ein Drittel größer ist als sein Bonner Zwilling?
- jährlich mehr als zwei Millionen Menschen den Deutschen Bundestag besichtigen und dieser somit zu den meistbesuchten Sehenswürdigkeiten Deutschlands zählt?
- der Platz der Republik so groß ist wie fünf Fußballfelder?
- der Deutsche Bundestag ein ökologisches Parlament ist? Solartechnik, Geothermie, Blockheizkraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung und nachwachsende Rohstoffe finden allesamt Verwendung im Deutschen Bundestag.

Welt gebracht haben, lediglich einen Rentenpunkt für ihre Erziehungszeiten anerkannt. Mütter, die ihre Kinder nach 1992 geboren haben, bekommen derzeit drei Rentenpunkte auf ihre spätere Rente angerechnet. Diesen Unterschied zwischen den Müttergenerationen wollen wir durch die Erhöhung um einen Rentenpunkt für die Mütter von vor 1992 geborenen Kindern verringern. Dies entspricht derzeit einer monatlichen Rentenerhöhung von 28,14 Euro im Westen und

25,74 Euro im Osten pro Kind. Es ist eine Anerkennung für die Erziehungsleistung unserer Großmütter und Großväter, Mütter und Väter, die in einer weit schwierigeren Betreuungssituation ihre Kinder großgezogen haben.

2.) Die Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren...

...sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn diese 45 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, abschlagsfrei ab 63 Jahren in Rente gehen können. Für Bürgerinnen und Bürger, die nach 1953 geboren wurden, erhöht sich das Eintrittsalter um jährlich zwei Monate, sodass Menschen, die ab 1964 geboren wurden, abschlagsfrei ab 65 nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen können.

- **Maximal fünf Jahre der Arbeitslosigkeit anrechnen:**

Damit aber wirklich diejenigen begünstigt werden, die ihr Arbeitsleben bereits in jungen Jahren begonnen und ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben, setzt sich die CDU dafür ein, dass maximal fünf Jahre, in denen Lohnersatzleistungen bezogen wurden, auf die Wartezeit angerechnet werden dürfen.

- **Missbrauch und Frühverrentungswelle verhindern: Stichtagsregelung einführen**

Darüber hinaus möchte die Union mit einer Stichtagsregelung ab dem 1. Juli 2014 eine Frühverrentungswelle von bisherigen Arbeitslosen verhindern. Die Stichtagsregelung bedeutet, dass nur der Bezug von Arbeitslosengeld I auf die Wartezeit angerechnet wird, wenn dieses vor dem 1. Juli 2014 bezogen wurde.

3.) Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Da die Erwerbsminderungsrenten in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken sind, aber die Betroffenen auf die Solidarität der

Gesellschaft angewiesen sind, werden wir mit dem 01. Juli 2014 die Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente von 60 auf 62 Jahre erhöhen. Zudem führt die Deutsche Rentenversicherung bei der Berechnung der Erwerbsminderungsrente die sogenannte

Günstigerprüfung ein. Das bedeutet, dass bei Menschen, die in ihren letzten Arbeitsjahren unterdurchschnittlich verdient haben, sich die schlechteren Verdienstjahre nicht negativ auf ihre Rentenhöhe auswirken.

4.) Erhöhung des Reha-Budgets

Die große Koalition möchte nun mit dem Rentenpaket das jährliche Reha-Budget rückwirkend vom 01. Januar 2014 um rund 100 Millionen jährlich erhöhen. Bis 2017 soll die zusätzliche Steigerung des Budgets 233 Millionen im Jahr betragen. Der Grundsatz der bei der vierten Rentenkomponente zum Tragen kommt, ist „Reha statt Rente“, da das Nichtwahrnehmen von Reha-Maßnahmen in Problemsituationen schnell zu Frühverrentung und damit unter Umständen auch zu Altersarmut führen kann. Dem möchte die große Koalition durch die Erhöhung des Reha-Budgets entschieden entgegenwirken.

Erfahrungsbericht:

Mein Praktikum im Bundestagsbüro



Während meiner Praktikumszeit erhielt ich einen Einblick in die verschiedensten Bereiche der alltäglichen Arbeit eines Abgeordneten. So durfte ich beispielsweise mit auf AG Sitzungen, Ausschusssitzungen und Plenarsitzungen. Vor allem in den AG und Ausschusssitzungen konnte ich mir ein sehr gutes Bild über

die parlamentarische Arbeitsweise machen. Besonders spannend war dies zudem, da ich gerade in der konstituierenden Phase der neu gewählten Großen Koalition, mein Praktikum absolvierte.

Dadurch dass die Ausschüsse erst zu Beginn meines Praktikums feststanden, konnte ich bei der Einarbeitung in die finanzpolitischen sowie familienpolitischen Themen behilflich

sein und teilhaben. Vor allem Recherchearbeiten und das Erstellen von Übersichten sowie das Beantworten von Bürgeranfragen gehörten zu meinen täglichen Aufgaben.

Durch die angenehme Atmosphäre im Abgeordnetenbüro von Markus Koob, machte mir die Arbeit zusätzlich mehr Spaß. Ich wurde gleich am ersten Tag sehr herzlich begrüßt und mit in das Team aufgenommen. Das Vorurteil, die alltägliche politische Arbeit sei trocken, konnte ich bereits nach kurzer Zeit wiederlegen.

Ein letzter und nicht ganz unbedeutender Punkt, weshalb sich ein Praktikum im Bundestag lohnt, ist die Stadt Berlin an sich. Berlin hat ein ganz besonderes Flair. Allein der tägliche Gang zur Arbeitsstelle durch das

Brandenburger Tor hat etwas Einzigartiges. Nach getaner Arbeit gibt es neben den bekannten Sehenswürdigkeiten immer wieder kleinere Orte zu entdecken; sei es nur ein nettes Café im Prenzlauer Berg oder ein schöner Park im Sommer. Auch abends wird es in Berlin nie langweilig. Beispielsweise gab es zahlreiche Abendveranstaltungen, an denen wir oftmals als gesamtes Büro teilgenommen haben. So durfte ich beispielsweise mit auf zwei Neujahrsempfänge, zu Maybritt Illner und zur Preisverleihung „Sterne des Sports“.

Alles in allem kann ich ein Praktikum im Deutschen Bundestag nur weiterempfehlen. Durch die neu gewonnen Erfahrungen im Abgeordnetenbüro von Markus Koob konnte ich einen umfassenden Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten bekommen. Den von mir gewünschten Praxisbezug zu meinem Studium habe ich in jeden Fall erhalten, da ich durch die große Offenheit und Herzlichkeit der Mitarbeiter einen sehr weiten Einblick in die alltägliche Arbeit im Deutschen Bundestag bekommen konnte. Die vier Wochen im Abgeordnetenbüro waren für mich eine sehr lehrreiche und intensive Zeit. Die abstrakte Vorstellung, welche ich über die parlamentarische Arbeit hatte, gehört nun der Vergangenheit an, da ich in dieser kurzen Zeit sehr viele neue Eindrücke und einen guten Überblick über die spannende alltägliche Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und der Büromitarbeiter erhalten und somit mein politisches Verständnis erweitern konnte.“ ■



Nadine Minet (22) studiert Politikwissenschaft mit dem Nebenfach Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim im 3. Semester.